

Steht die Umvolkung vor ihrer Vollendung?

»Zuerst leugnete die Politik die Existenz demographischer Probleme. Dann wollte man sie durch Zuwanderungen aus dem Ausland lösen. Inzwischen wird behauptet: Zuwanderung, Alterung, Schrumpfung sind große Chancen. Aber man entgeht der demographischen Zukunft nicht, indem man sie überholt.«

»Die zur Versorgung der alternden Bevölkerung und der Migranten ohne ausreichende schulische und berufliche Qualifikation benötigten öffentlichen Mittel erhöhen die Abgaben- und Steuerlast. Wenn die Unternehmen darauf mit drastischen Produktivitätssteigerungen und Personaleinsparungen reagieren, verstärken sie wiederum die Arbeitslosigkeit und damit die Ursachen der Abgabenlast, der sie mit ihren Maßnahmen zu entgehen versuchen.«

Prof. Dr. Herwig Birg, ehem. Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, seit 2009 Mitglied des Demographie-Beirats der Regierung des Landes Sachsen-Anhalt, in der FAZ vom 9.4.2009



Exportorientierte Volkswirtschaften wie in der Bundesrepublik sichern ihre Konkurrenzfähigkeit durch ständige Produktivitätssteigerungen. Die willkommene Begleiterscheinung des internationalen Wettlaufs um Produktivität und Effizienz ist ein hohes Pro-Kopf-Einkommen. Zu den Folgen dieser Entwicklung gehört allerdings auch die zunehmende Attraktivität des Landes für potentielle Zuwanderer.

Der inzwischen achte »Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland« wurde der Öffentlichkeit am 7.7.2010 vorgestellt.

Etwas Überraschendes enthält dieser Bericht erwartungsgemäß nicht, lediglich mehr oder weniger

genaue Zahlen zu Tatsachen, die jeder, der mit halbwegs offenen Augen durch die Straßen geht, kennt.

Wegen des wirtschaftlichen Erfolgs hat die Bundesrepublik nicht nur eine besonders hohe Zuwanderung, sondern auch eine besonders niedrige Geburtenrate, die trotz aller familienpolitischen Reförmchen wie schon seit -zig Jahren immer geringer wird.

Die Folgen sind eine intensive demographische Alterung sowie eine sich beschleunigende Bevölkerungsschrumpfung der jüngeren und mittleren Altersgruppen.

Zu alledem haben sich Regierung und Teile der Bevölkerung daran gewöhnt, Zuwanderung als Ersatz für den fehlenden eigenen Nachwuchs zu betrachten.

Eckdaten der ausländischen Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2008/2009

	in 1.000	Anteil an der Gesamtbevölkerung (in %)
Bevölkerung insgesamt	81.904 ¹	100,0 ¹
Ausländer	16.048 ¹	19,6 ¹
a) mit deutschem Paß	8.297 ²	10,1 ²
b) ohne deutschen Paß	7.271 ²	8,9 ²
1. im Ausland geboren	10.624 ²	12,9 ²
1a) mit deutschem Paß	5.014 ²	6,1 ²
1b) ohne deutschen Paß	5.610 ²	6,8 ²
2. in Deutschland geboren	4.944 ²	6,0 ²
2a) mit deutschem Paß	3.283 ²	4,0 ²
2b) ohne deutschen Paß	1.661 ²	2,0 ²

¹Zahlen für 2009: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Seite 32

²Zahlen für 2008: 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Seite 38

Begriffsbestimmung

Interessant ist allerdings, daß die Bevölkerung seit einiger Zeit verklausuliert in folgende Personengruppen unterschieden wird (in Klammern die Bedeutung, die auch hier Verwendung findet):

Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (also Deutsche), deutsche Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung (also Ausländer mit deutschem Paß), deutsche Bevölkerung mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung (Ausländerkinder mit deutschem Paß), ausländische Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eige-

ner Migrationserfahrung (also Ausländer ohne deutschen Paß) und ausländische Bevölkerung mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung (hier geborene Ausländerkinder ohne deutschen Paß).

Im Jahr 2009 hat der nichtdeutsche Bevölkerungsanteil erstmals den Wert von 16 Millionen überschritten; dies zeigen die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen aus dem Mikrozensus. Im Jahr 2005 hatte die Zahl noch bei 15,3 Millionen gelegen. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe hat entsprechend von 18,6 auf 19,6 Prozent zugenommen.

Dieser Anstieg hat folgende Gründe: Von 2005 bis 2009 ist die nichtdeutsche Bevölkerung durch Zuzug und Geburten um 715.000 angewachsen, während die Zahl der Deutschen sterblichkeitsbedingt um 1,3 Millionen zurückgegangen ist.

Über die Hälfte der Ausländer besitzt bereits den deutschen Paß (vgl. Tabelle auf dieser Seite) und wird deshalb auch in Statistiken als Deutsche geführt.

Prognosen

In deutschen Großstädten geht der Anteil dieser Personengruppe bereits bis zu 42 Prozent, bei Kindern unter 6 Jahren oft in die Größenordnung von zwei Dritteln und fast überall in die Mehrheit (vgl. Tabellen auf Seite 7).

Im Bundesdurchschnitt betrug ihr Anteil in dieser Altersgruppe 34,2 Prozent, doch bei den Einjährigen steigt der Anteil schon auf 36 Prozent, so daß in einigen Jahren jeder Dritte in Deutschland nichtdeutscher Herkunft sein wird.

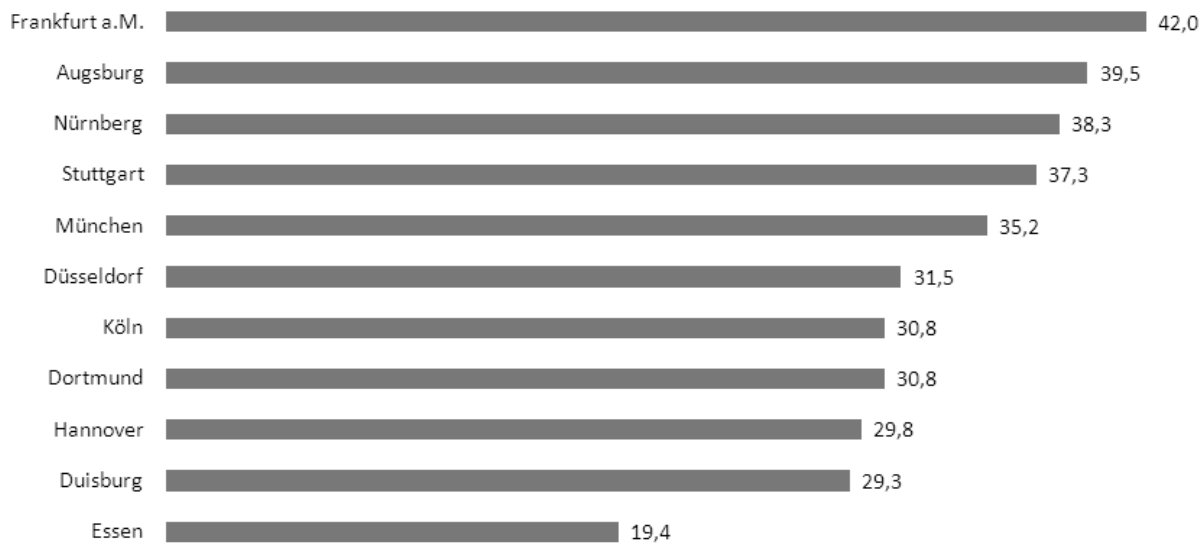
Bildung

Bereits im letzten Jahr mußte die Bundesregierung einräumen, daß die Arbeitslosigkeit und die Kriminalitätsrate bei Ausländern doppelt so hoch sind wie die der Deutschen. Auch daß Ausländerkinder im Durchschnitt schlechtere Schulabschlüsse als ihre deutschen Mitschüler erreichen kann nicht wirklich überraschen.

Von den Personen mit ausländischen Wurzeln im Alter von 25 bis 65 Jahren haben 13,4 Prozent keinen Schulabschluß und 38,3 Prozent keine Berufsbildung. Hier wächst eine riesige, schlecht integrierte Menge heran, die der Bundesrepublik noch schwer zu schaffen machen wird.

Die Kombination einer stark alternden deutschen Bevölkerung mit wachsendem Rentneranteil einerseits und einer zu großen Teilen schlecht ausgebildeten und oftmals untätigen eingewanderten Bevölkerung andererseits, wird das ohnehin in Deutschland

Ausländische Bevölkerung in ausgewählten Großstädten im Jahr 2007



Quelle: 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Seite 54

besonders schwierige Generationenproblem noch erheblich verstärken.

40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger sind Ausländer

Nach Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel wird der Bund für das laufen-

de Jahr 44,6 Milliarden Euro für Hartz-IV-Empfänger ausgeben müssen.

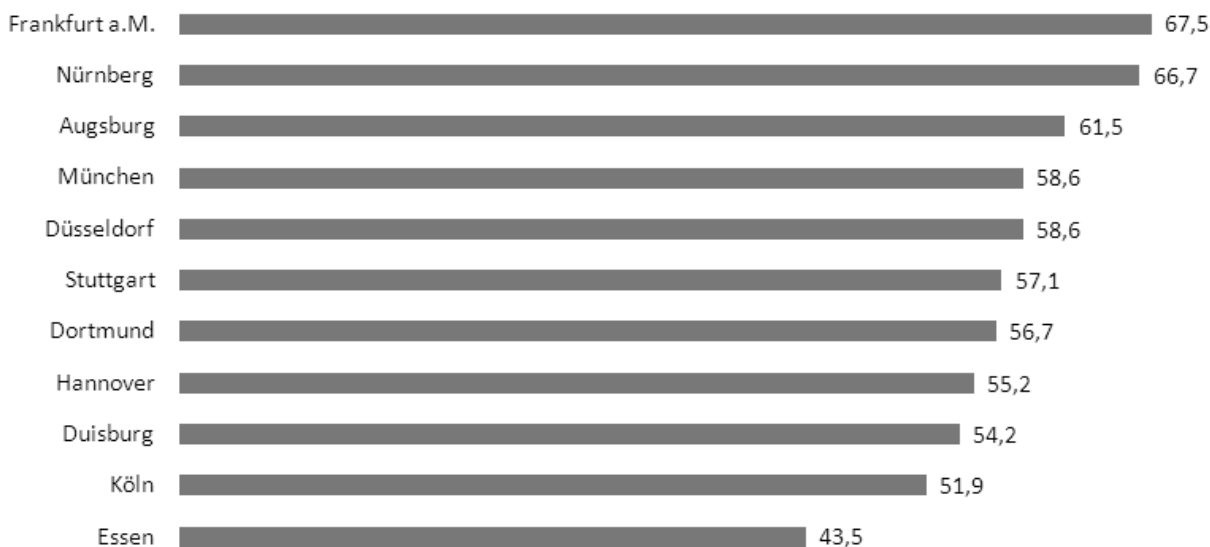
»Menschen aus Zuwandererfamilien [sind] etwa mit einem doppelt so hohen Anteil von Hilfebedürftigkeit betroffen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Im Schnitt sind rund 40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger Migranten«,

teilte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in einer Pressemitteilung vom 9.2.2010 mit (vgl. UN 3/2010).

Begrüßungsgeld für Gastarbeiter

Gebetsmühlenartig wird ständig die alte Leier vom Fachkräftemangel in der Bundesrepublik

Ausländischer Bevölkerungsanteil bei Kindern unter 6 Jahren in ausgewählten Großstädten im Jahr 2007



Quelle: 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Seite 54

heruntergebetet. Selbst wenn es sich um ein tatsächliches und nicht um ein behauptetes Problem handelt wird nicht darüber gesprochen, wo die Ursachen liegen und welche anderen Lösungen es gäbe.

Das bisherige konzeptlose Her-einlassen von Ausländern ohne oder mit schlechter Bildung und mangelndem Integrationswillen hat heute schon haarsträubende Konsequenzen für unser Land.

»Es ist denkbar, daß einige Unternehmen, die es sich leisten können und dringenden Bedarf haben, ausländischen Facharbeitern eine Lockprämie zahlen.«

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) im Handelsblatt, 30.7.2010

In Deutschland gibt es offiziell ca. 3,5 Millionen Arbeitslose. Hinzu kommen noch Hartz-IV-Empfänger, Vorruheständler und weitere Sozialleistungsempfänger, von denen ein nicht geringer Teil bereits eine Ausbildung erhalten hat. Es gibt also ein brach liegendes Arbeitskräftepotential. Warum schafft man es nicht, diese wieder in den Arbeitsprozeß einzubinden?

Daß Herr Brüderle als Wirtschaftsminister nicht die Interessen des Volkes, sondern die der Wirtschaft vertritt, pfeifen die Spatzen von den Dächern.

Das Wirtschaftswunderland, von dem die Spitzenunternehmen mitsamt Wirtschaftsminister träumen, sieht anscheinend so aus:

Kinderkriegen wird abgeschafft, die Angestellten können sich voll auf ihre Arbeit konzentrieren und werden nicht von so nebensächlichen Sachen wie Kinderziehung abgelenkt. Schulen und Kindergärten sind damit bald nicht mehr nötig, der Staat kann viel Geld sparen und damit die Steuern für die Unternehmen senken.

Gleichzeitig sparen sich die Konzerne die Kosten für die Ausbildung von Schulabgängern, Ko-

sten, die man dann als Kopfgeld für die benötigten Fachkräfte aus dem Ausland einsetzen kann.

Blicke dann nur noch das Problem mit den Rentnern. Das erledigt sich aber irgendwann von selbst, wenn die frisch angeworbenen Mitarbeiter nur eine Aufenthaltserlaubnis auf Zeit erhalten.

Das sind doch prima Aussichten für die Zukunft, oder? Fraglich ist nur, warum ausgerechnet die Bildungsministerin Annette Schavan ins gleiche Horn stößt und eine »Willkommenskultur« fordert. (Deutschlandfunk, 25.7.2010)

Vielleicht weil auch sie festgestellt hat, daß die »Null Bock«- und »Ey Alder«-Generation eines Tages die Renten bezahlen soll. Davor kann einem grauen.

Kosten der Migration

Der Preis der Zuwanderung für den deutschen Steuerzahler ist wohl eines der am besten gehüteten Geheimnisse der Bundesrepublik.

Nach einer Meldung des Kopp-Verlages hat der Niederländer Jan van de Beek an der Universität Amsterdam die »Bereicherung« für die Niederlande im Detail analysiert. Das Ergebnis ist aus der Sicht politisch korrekter Politiker wohl eine Katastrophe: Zuwanderung führt zu Verarmung – insgesamt zahlen die Niederländer für diese »Bereicherung« Jahr für Jahr 5,9 Milliarden Euro!

In Frankreich kommt eine Studie auf 36,405 Milliarden Euro jährlich.

Sollten die Kosten für die Bundesrepublik mit Frankreich und den Niederlanden vergleichbar sein, dürften die 16 Milliarden Euro jährlich, welche die »Bertelsmann Stiftung« vom »Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien (BASS)« schönrechnen ließ, ziemlich untertrieben sein.

»Strafwürdiger als Hochverrat!«

»Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine „multikulturelle Gesellschaft“ ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf die Dauer ignorieren dürfen.«

Der Staatsrechtler und ehemalige Berliner Staatssekretär Dr. Otto Uhlitz in »Aspekte der Souveränität«, Kiel 1987

Die Meinungsfreiheit

muß man schützen gegen die, die oben sitzen!



Ihr Klick gegen die
**MEDIEN-
DIKTATUR:**

<http://www.un-nachrichten.de>
Informationen: UN, Postfach 400215, 44736 Bochum